

Demographie



Bevölkerungsstatistik. Gerd Altmann, Pixabay.com, 1282377

Die Einwohnerzahl in Baden-Württemberg hat sich im Jahr 2019 um rund 30.900 auf 11.100.400 Personen erhöht.

Damit ist nach Angaben des Statistischen Landesamts die Zahl der Einwohner gegenüber dem Gründungsjahr des Südweststaats 1952 um rund 4,4 Millionen oder um etwa zwei Drittel angestiegen. Sie hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Die Tendenz der letzten Jahre hin zu einer Abschwächung des Einwohnerzuwachses setzt sich damit fort. So war das Plus im Jahr 2019 der geringste Bevölkerungszuwachs seit 2010.

Übersicht

[Zuzüge und Fortzüge \(/bev-demographie#c30329\)](#)

[Lebensalter \(/bev-demographie#c55860\)](#)

[Geburtenrate \(/bev-demographie#c281\)](#)

[Altersstruktur \(/bev-demographie#c28408\)](#)

[Rentensysteme und Altenpflege \(/bev-demographie#c58749\)](#)

Zuzüge und Fortzüge

Wanderungsgewinne rückläufig

Im Lauf des Jahres 2019 konnte Baden-Württemberg insgesamt 368.700 Zuzüge über die Landesgrenze verzeichnen. 330.900 Menschen zogen dagegen aus Baden-Württemberg fort. Daraus ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo von 37.800 Personen.

Die Wanderungsgewinne gehen jedoch zurück: Noch 2018 hatte die Bevölkerung durch Wanderungsbewegungen um 50.900 zugenommen, 2017 sogar um 72.100. Für den Zugewinn war auch im Jahr 2019 ausschließlich die Wanderungsbilanz mit dem Ausland verantwortlich. 246.800 Zuzüge über die Bundesgrenze nach Baden-Württemberg ergaben bei 200.200 Fortzügen einen positiven Wanderungssaldo von 46.700. Gegenüber den anderen Bundesländern waren dagegen deutlich mehr Fortzüge (130.700) als Zuzüge (121.800) zu verzeichnen. Dies bedeutet mit einem Saldo von 8.900 Personen die ungünstigste Wanderungsbilanz gegenüber dem übrigen Bundesgebiet seit mindestens 1970.

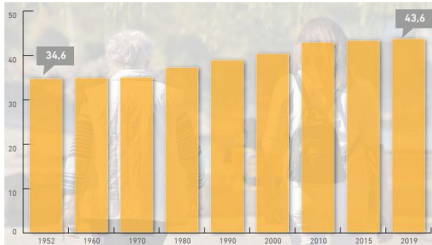
Fast ein Fünftel des Wanderungsgeschehens mit dem Ausland entfiel allein auf Rumänien. Ein Grund für 45.500 Zuzüge aus und 37.800 nach Rumänien ist die hohe Zahl rumänischer Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, die innerhalb eines Jahres zu- bzw. wieder fortziehen. Über 10.000 Zuzüge waren außerdem aus Polen (14.700), Italien (13.100), Bulgarien (11.100) und Kroatien (10.900) zu vermelden.

Regionale Unterschiede

Mit Ausnahme des Stadtkreises Karlsruhe und des Landkreises Sigmaringen konnten die 44 Land- und Stadtkreise Baden-Württembergs 2019 ihre Einwohnerzahl steigern. Den stärksten Bevölkerungszuwachs verzeichnete der Landkreis Biberach mit einem Plus von rund 1.500 Personen, gefolgt vom Ortenaukreis sowie den Landkreisen Ludwigsburg und Heilbronn.

Nach oben

Lebensalter



Durchschnittsalter der Bevölkerung in Baden-Württemberg seit 1952. Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2020. (Foto: pixabay.com, pasja1000, 3709717, Grafik: LpB)

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg war nach Feststellung des Statistischen Landesamtes Ende des Jahres 2019 im Durchschnitt 43,6 Jahre alt. Damit ist das Durchschnittsalter gegenüber dem Jahr 1970 um fast neun Jahre angestiegen. Allerdings hat sich diese Kenngröße in den letzten Jahren wegen der starken Zuwanderung vor allem von jüngeren Menschen kaum mehr erhöht.

Zwischen den 44 Stadt- und Landkreisen gibt es deutliche Unterschiede, was die Altersstruktur angeht. Der Stadtkreis Heidelberg wies mit durchschnittlich 40,4 Jahren die jüngste Bevölkerung auf, im Stadtkreis Baden-Baden war sie mit 47,2 Jahren mit Abstand die älteste.

Wenn man die 1.101 Kommunen im Land betrachtet, werden die Unterschiede noch größer. So wird das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung in Baden-Baden immerhin noch von 37 Gemeinden im Lande übertroffen. Am ältesten ist die Bevölkerung im Erholungsort Ibach (53,1 Jahre), der kleinsten Gemeinde im Landkreis Waldshut, gefolgt von Untermarchtal im Alb-Donau-Kreis mit 50,6 Jahren, was mit den dort ansässigen Klosterbewohnern zusammenhängen dürfte. Die landesweit jüngste Bevölkerung lebt in Riedhausen im Landkreis Ravensburg (38,4 Jahre), gefolgt von Allmannsweiler im Landkreis Biberach (38,6 Jahre) und Bubsheim im Landkreis Tuttlingen (38,9 Jahre). In sieben weiteren Gemeinden im Lande liegt das Durchschnittsalter bei unter vierzig Jahren. Dazu zählt die Universitätsstadt Tübingen, in der die Einwohner im Durchschnitt nur 39,3 Jahre alt sind.

Nach oben

Geburtenrate



Lebendgeborene sowie Kinderzahl je Frau in Baden-Württemberg seit 1960. Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2020. (Foto: pixabay.com, pasja1000, 3709717, Grafik: LpB)

Im Jahr 2019 wurden in Baden-Württemberg rund 109.000 Kinder lebend geboren.

Diese Zahl lag nach Angaben des Statistischen Landesamtes zum letzten Mal im Jahr 1998 höher. Eine Ursache für diesen positiven Trend sehen die Statistiker in der hohen Zuwanderung der vergangenen Jahre, die auch zu einer Zunahme der Frauen im gebärfähigen Alter geführt hat. Außerdem bekommen nun die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre – der sogenannten „Babyboomer“ – selbst wieder Kinder. Schließlich ist die hohe Geburtenzahl auch auf die relativ hohe Geburtenrate zurückzuführen.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau lag im Jahr 2019 statistisch gesehen bei 1,57 und war damit die dritthöchste seit 1974. Nur 2016 und 2018 war die Geburtenrate geringfügig höher. Allerdings lag sie 2019 weiter unter dem für die Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlichen Niveau. Dazu wäre eine Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Dieser Wert wurde in Baden-Württemberg zum letzten Mal im Jahr 1970 erreicht.

Sowohl die Zahl der Geburten als auch die der Sterbefälle lag im Jahr 2019 mit etwa 109.000 bzw. mit rund 111.600 praktisch auf dem Niveau des Jahres 2018. Somit wurden im Südwesten 2019 etwa 2.600 Kinder weniger geboren als Menschen gestorben sind. Das Geburtendefizit, also die Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und der Gestorbenen, lag bei rund 2.600. Im Jahr zuvor war es mit 2.200 noch etwas niedriger. Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich innerhalb des Landes: Der Landkreis Biberach war 2019 Spitzenreiter unter den 44 Stadt- und Landkreisen mit einer Geburtenrate von 1,81 Kindern je Frau, gefolgt vom Stadtkreis Pforzheim (1,78). Am Ende der Tabelle finden sich die Stadtkreise Heidelberg (1,17), Karlsruhe (1,26) und Freiburg (1,28).

Auffällig ist weiterhin ein traditionelles, wenn auch nicht flächendeckendes „Land-Stadt-Gefälle“ bei dieser Statistik: In den meisten ländlich geprägten Gebieten liegt die Kinderzahl je Frau über der der Städte.



Altersstruktur

Die Bevölkerung wird immer älter

Rund 2,23 Millionen Menschen lebten Ende 2018 in Baden-Württemberg, die 65 Jahre und älter waren.


Die Zahl der älteren Personen im Land hat damit seit 1990 um rund sechzig Prozent zugenommen, während die Einwohnerzahl „nur“ um rund 13 Prozent gestiegen ist. Laut Statistischem Landesamt könnte sich die Zahl der Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren bis zum Jahr 2030 nochmals um rund 520.000 oder um fast ein Viertel erhöhen.

Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung wird damit von gegenwärtig rund zwanzig Prozent auf voraussichtlich 24 Prozent bis zum Jahr 2030 steigen.

Lebenserwartung steigt weiter

Die Entwicklung zu immer älteren Menschen ist in erster Linie auf die Altersstruktur der Bevölkerung, aber auch die ständig steigende Lebenserwartung zurückzuführen. Ein heute geborener Junge kann in Baden-Württemberg mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von etwa achtzig Jahren rechnen, ein neugeborenes Mädchen sogar mit rund 84 Jahren. Damit liegt die Lebenserwartung bei Frauen um rund zehn Jahre und bei Männern um rund elf Jahre höher als noch zu Beginn der 1970er-Jahre.

Statistisches Landesamt: Altersstruktur (http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Alter/bev_altersjahre.jsp)



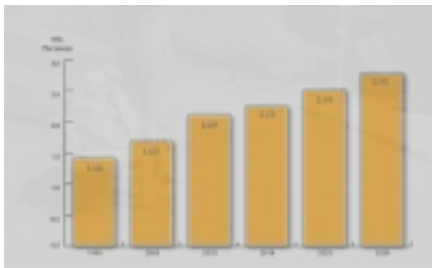
Rentensysteme und Altenpflege

Herausforderung für die Rentensysteme und Altenpflege

Die weiter steigende Zahl der älteren Menschen wird nicht zuletzt für die Rentenversicherungssysteme weitere Herausforderungen mit sich bringen. Der Zahl der Rentempfänger steht eine abnehmende Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter gegenüber.

Zurzeit kommen 33 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren auf hundert Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen zwanzig bis unter 65 Jahren. Bis zum Jahr 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der frühen 1960er-Jahre („Babyboomer“) überwiegend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sein werden, wird dieser sogenannte Altenquotient – das Verhältnis von älteren zu jüngeren Menschen – weiter ansteigen. Die Älteren werden dann doppelt so stark vertreten sein wie die Jüngeren. Der demographische Wandel wird durch die Daten und Fakten deutlich: Bis 2050 wird sich der Anteil der Seniorinnen und Senioren in Deutschland auf dreißig Prozent erhöhen. Der Anteil der Personen im Haupterwerbsalter wird hingegen auf knapp fünfzig Prozent zurückgehen. Mit anderen Worten: Die Hälfte der Bevölkerung wird 2050 keine Sozialbeiträge zahlen.

Darüber hinaus gehen die Statistiker von einem überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl hochbetagter Menschen aus – nicht nur im Südwesten. Immer mehr Frauen und Männer erreichen ein hohes Alter: Bis zum Jahr 2060 könnte sich ihre Zahl im Vergleich zu heute sogar verdreifachen. Es gäbe dann nach dieser Berechnung über 800.000 Hochbetagte in Baden-Württemberg, Frauen und Männer also, die 85 Jahre und älter sind und die ein hohes Pflegerisiko haben. Wer diese Pflegebedürftigen versorgen soll, ist eine der großen Fragen und Herausforderungen für die Sozialpolitik im Land.



Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Baden-Württemberg (1990 bis 2018: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung; 2025 und 2030: Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis 2017. Quelle: Statistisches Landesamt BW 2019. Foto: PublicDomainPictures, Pixabay.com, 69761, Grafik: LpB

Älter, weniger und bunter

Die Bevölkerung schrumpft, wird immer älter und durch die Zuwanderung immer „bunter“. Schon aufgrund der Bevölkerungsentwicklung brauchen wir Zuwanderung. Diese Erkenntnis ist nicht neu: Auf den Zusammenhang von demographischer Entwicklung und Einwanderung hat bereits vor dreißig Jahren Wolfgang Schäuble, damals noch Kanzleramtschef, in einem Aufsatz unter der Überschrift „Älter und weniger“ hingewiesen. Schäuble sagte damals „einen empfindlichen Mangel an Nachwuchs- und später an Arbeitskräften in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft“ voraus. Er forderte Gegenmaßnahmen in der Familienpolitik, stellte aber fest: „Langfristig werden wir nicht umhinkönnen, die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung zumindest teilweise durch einen verstärkten Zuzug von Ausländern auszugleichen.“ Eigentlich wurde erst mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2020 ein wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen.

Überall im Land werden heute Arbeitskräfte gesucht. Bei einer Konjunkturumfrage im Blick auf das Jahr 2019 gaben zwei Drittel der Unternehmen in Baden-Württemberg den Mangel an Fachkräften als das größte Hemmnis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung an. In Baden-Württemberg fehlen jetzt schon rund 308.000 Fachkräfte, allein in der Region Stuttgart knapp 100.000. Demnach fehlen 40.000 Akademiker, 169.000 ausgebildete Fachkräfte („Gesellen“) sowie 100.000 betrieblich weitergebildete Fachleute (Meister, Techniker, Fachkaufleute). Bis zum Jahr 2030 wird das Defizit auf 538.000 Personen ansteigen, so die Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg. In zwanzig Jahren könnten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bundesweit sogar fast sechs Millionen Fachkräfte fehlen.

Autor: Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun. Bearbeitung: Internetredaktion der LpB (Stand August 2020)

Nach oben

Statistisches Landesamt BW (<https://www.statistik-bw.de/>)



(<https://www.statistik-bw.de/>)

Links zur Bevölkerung in BW:

Fläche, Bevölkerung – Daten zu Baden-Württemberg (<http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Bevoelkerung/>)

Statistisches Landesamt: Vorausrechnung (<https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Vorausrechnung/>)

Baden-Württemberg - ein Porträt in Zahlen 2019



eine Broschüre des Landesamts für Statistik

zur Broschüre (<https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Faltblatt/803819016.pdf>)

Charta der Vielfalt



Charta der Vielfalt.

Seit 2012 ist Baden-Württemberg als zwölftes Bundesland Mitglied der "**Charta der Vielfalt**". Hinter diesem Namen steht ein Manifest sowie ein Wirtschaftsverband, der sich für ein Arbeitsumfeld frei von Vorurteilen einsetzt. Schirmherrin der Charta ist Angela Merkel.

Charta der Vielfalt (/fileadmin/landeskunde/pdf/Die_Menschen/Umsetzung_Charta_der_Vielfalt_BW_-_IntM.pdf)

Politik & Unterricht



Demografischer Wandel P&U 2016.

P&U 2016-3/4 Demografischer Wandel in Deutschland

Weniger, älter, bunter - diese drei Entwicklungen werden auch im Jahr der Bundestagswahl 2017 ganz oben auf der Agenda stehen. Was sind Chancen daran, was Herausforderungen?

Blick ins Heft (http://www.politikundunterricht.de/3_4_16/demografie.pdf)

Folgen Sie uns auf



<https://www.facebook.com/lpb.bw.de>



<https://twitter.com/lpbw>



<https://www.instagram.com/lpb.bw>



<https://www.youtube.com/user/lpbw>